

PROTEKTE

A U S D E R E V A N G E L I S C H E N A K A D E M I E D E R P F A L Z



DIE DEBATTE ÜBER DEN KRIEG IN AFGHANISTAN

Bundeswehreinsatz spaltet die Öffentlichkeit

Nichts ist gut in Afghanistan!" Dieser Satz, ausgesprochen in einer Neujahrspredigt der damaligen EKD-Ratsvorsitzenden Margot Käßmann, war Auftakt einer breiten Debatte über den Sinn des militärischen Engagement Deutschlands im sogenannten „Anti-Terror-Krieg“ am Hindukusch. Dabei ist der Zeitpunkt, zu dem die Aussage gemacht wurde, nicht unerheblich, um die Schärfe der Reaktionen zu verstehen: Genau einen Monat vorher, am 1. Dezember des vergangenen Jahres, bekundete der amerikanische Präsident Barack Obama in einer Rede an der Militärakademie West Point in Virginia die Absicht, das amerikanische Truppenkontingent um 30 000 Soldaten aufzustocken zu wollen. Eine für den 28. Januar 2010 angesetzte Afghanistankonferenz in London sollte diesem einseitigen Vorgehen internationale Unterstützung gewähren.

Angesichts der geplanten Erhöhung der Truppenstärke kam die neuere Diskussion um einen deutschen Truppenabzug für die politisch Verantwortlichen zur Unzeit. Gerade als die Debatte um die Bombardierung zweier Tanklastwagen im vergangenen September am Abklingen war, wurde erneut der Finger in die Wunde gelegt.

Anders als in der Diskussion, die dem Vorfall im September folgte und wegen der hohen Zahl der getöteten Zivilisten in erster Linie moralisch geführt wurde, löste Käßmanns Predigt eine Grundsatzdebatte über den Sinn des Militäreinsatzes aus. Gerade weil der Sinn des Unternehmens insgesamt infrage gestellt war, fielen die Reaktionen entsprechend heftig aus. Für die Gegner eines Truppenabzugs stellte sich das Problem, Argumente für eine gegenüber dem Beginn des Militäreinsatzes

2002 völlig veränderte strategische Zielrichtung zu finden. Das vorsichtige Eingeständnis von Verteidigungsminister zu Guttenberg, es handele sich um „kriegsähnliche Zustände“, war ein deutliches Signal, dass die Bundeswehrsoldaten nicht mehr nur die Rolle von uniformierten Helfern beim Aufbau einer Zivilgesellschaft spielen.

Tatsächlich sind die Zahlen, über die im Blick auf Afghanistan zu reden ist, alarmierend. Im Jahr 2009 wurden dort doppelt so viele amerikanische Soldaten getötet wie im Irak. Auch in Deutschland musste man sich immer häufiger mit Meldungen über getötete Soldaten auseinander setzen. Im Land selbst erreichte die Zahl der getöteten Zivilpersonen 2009 einen Höchststand. Weil die Kampfhandlungen ausgeweitet wurden, werden mehr Soldaten benötigt. Aber auch hier ersche-

cken die Dimensionen: Heute sind zehnmal so viele ausländische Soldaten in Afghanistan wie 2002. Damals glaubte man, nach dem Sturz des Talibanregimes genügten 10 000 Einsatzkräfte, um das Land zu befrieden. Heute sind es mehr als 100 000, und damit stellen die 70 000 Isaf-Soldaten unter Nato-Kommando und die 30 000 Angehörigen der Operation Enduring Freedom (OEF) unter amerikanischer Befehlsgewalt in etwa die gleiche Truppenstärke wie die Sowjetunion nach ihrem Einmarsch 1980.

Begründet wird die Aufstockung der Truppenkontingente mit der Rückkehr der Taliban. Aber gerade diese Begründung wird zunehmend fragwürdig. Richard Holbrooke, der Sondergesandte der amerikanischen Regierung für Afghanistan und Pakistan, fasste die Zweifel in Worte: „Jedes Jahr töten wir mehr Taliban,

und jedes Jahr gibt es mehr von ihnen.“ Das ist ein Ergebnis der Tatsache, dass die internationale Militärpräsenz stark an Rückhalt in der Bevölkerung eingebüßt hat. Einer der Gründe für diesen Stimmungswandel kann in der zunehmenden Ununterscheidbarkeit von Isaf- und OEF-Truppen liegen. Seit beide gemeinsam unter dem Oberbefehl des amerikanischen Generals Stanley McChrystal stehen, haben die Isaf-Truppen ihren Zuständigkeitsbereich auf das gesamte Staatsgebiet ausgedehnt, und die zur Terrorabwehr im Süden und Osten stationierten OEF-Truppen agieren immer häufiger unter dem Isaf-Emblem. Diese Konstellation sorgt dafür, dass die Bevölkerung nicht mehr unterscheiden kann zwischen den Truppen der Nato, die einen friedensstiftenden Auftrag haben und anfangs auf breite Akzeptanz stießen, und den Anti-Terror-Truppen, die immer schon Krieg führten und weniger Rückhalt in der Bevölkerung hatten. Die Taliban profitieren von dieser Unzufriedenheit und erhalten Zulauf vor allem im Süden und Osten, wo der Anti-Terror-Krieg besonders hart geführt wird.

Es ist abzusehen, dass der Afghanistanseinsatz der Bundeswehr die deutsche Öffentlichkeit weiter beschäftigen wird. Bisher wurde das auf einem breiten Konsens fast aller Parteien beruhende Mandat des Bundestages mit der friedenssicheren Mission der Nato-Soldaten begründet. In dem Maße, wie ein Strategiewechsel sichtbar wird, dass nämlich die Truppenpräsenz weniger mit der Stärkung der gewählten afghanischen Regierung begründet wird, sondern immer deutlicher mit Interessen geostrategischer Art, kann dieser politische Konsens brüchig werden.

Martin Schuck



Deutsche Soldaten: Immer öfter in Kampfhandlungen verwickelt.

(Foto: epd)

IN DIESER AUSGABE:

Pfälzische Landeskirche und Friedensfrage

Mitarbeit an Forschungsprojekt zur Bürgerbeteiligung

EDITORIAL

Wer im Programmheft des Ökumenischen Kirchentags nach sozial- und wirtschaftspolitischen Themen gesucht hat, musste genau hingucken. 20 Veranstaltungen hat ein Journalist der „Süddeutschen Zeitung“ gezählt – großzügig gerechnet. Und das sei erstaunlich. Sind doch die Kirchen selbst betroffen von den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Das stimmt – auch für die Pfalz! Konjunkturpolitik, demografischer Wandel und Steuerpolitik haben Anteil daran, dass die Landessynode gerade den Rahmen für ein millionenschweres Sparpaket abstecken musste, mit Einschnitten bei den Gemeinden, bei gesamtkirchlichen Diensten und bei der Besoldung. Ausgeschlossen wurden betriebsbedingte Kündigungen oder Betriebsvereinbarungen zur Unterschreitung des Tariflohns der Angestellten. Aber in den Debatten wurde vereinzelt auch an Tabus gekratzt. Immer mehr wird die Kirche eingeholt von betriebswirtschaftlichen Zwängen.

Vollmundige Stellungnahmen zur Wirtschaftsethik fallen auf diesem Hintergrund schwerer als bisher. Umso wichtiger bleibt es, aufrichtig über das Verhältnis von Geld und Moral, über soziale Verantwortung und über nachhaltiges Wirtschaften nachzudenken – und nach glaubwürdigen Lösungen zu suchen. Wo liegt die richtige Balance zwischen Haushaltzwängen, Kostendruck und gerechter Entlohnung? Wie kann man gemeinwohlgefährdende Finanzspekulationen unattraktiv machen – auch gegen Interessen in London oder New York? Wie viel Geld brau-



Akademiedirektor Christoph Picker.

chen Staat, Kirche und Wohlfahrtsverbände, um soziale Standards zu sichern, die das menschliche Gesicht unserer Gesellschaft ausmachen? Ist es gerecht, wenn die progressive Einkommensteuer immer weiter sinkt und stattdessen die Verbrauchssteuern erhöht werden, die alle gleichermaßen betreffen? Darüber müssen wir reden.

In der Akademie werden wirtschaftliche und soziale Fragen weiterhin auf der Tagesordnung stehen: Zum Beispiel mit einer Podiumsdiskussion „Führungsverantwortung“ und einer Tagung zu „Bilanz und Perspektiven von Hartz IV in der Region“. Mehr dazu finden Sie im Programmteil auf der Rückseite dieser Ausgabe der „Protexe“.

Ihr

Christoph Picker

HAUSMITTEILUNG

Unser freier Studienleiter Christoph Schank hat nach Abschluss eines drei Jahre dauernden Projekts der Evangelischen Akademie seinen Doktortitel erworben. In seiner an der Universität Flensburg mit der Bestnote ausgezeichneten Dissertation untersuchte er die Übergangsprozesse von der allgemeinbildenden Schule in die duale Berufsausbildung. Im Mittelpunkt der umfangreichen empirischen Erhebungen an pfälzischen Berufsschulen stand die Frage, wie sich angehende Auszubildende für oder gegen bestimmte Betriebe entscheiden. Ein gelingender Übergang von der Schule ins Berufsleben ist nicht nur für Unternehmen wichtig, die diese Jugendlichen ausbilden, sondern auch für die Bildungsbiografien dieser Jugendlichen selbst sowie für das soziale Klima in der gesamten Region.

IMPRESSUM

Herausgeber: Evangelische Akademie der Pfalz, Domplatz 5, 67346 Speyer, Tel.: 0 62 32/60 20-0, Fax: 0 62 32/60 20-22, e-mail: info@eapfalg.de, Direktor: Dr. Christoph Picker
Redaktion: Dr. Christoph Picker und Dr. Martin Schuck
Verlag: Verlagshaus Speyer GmbH, Beethovenstr. 4, 67346 Speyer, Tel.: 0 62 32/2 49 26, Fax: 0 62 32/13 23-44
Zuschriften an den Verlag, Redaktion Protexe.

ABRAHAMS WEG VERBINDET

Die Zukunft Israels und Palästinas wird vielfältig diskutiert. Auch außerhalb des Nahen Ostens. Dabei sind Phasen festzustellen, in denen die Positionsträger Schritte aufeinander zugehen und Phasen, in denen sie sich hermetisch in ihren eigenen Argumentationsketten abriegeln. Manchmal sind die Übergänge von Argument und Ideologie fließend. Manchmal beherrscht die schiere Verzweiflung das Gespräch. Israel und Palästina entzweien. Die Komplexität des Konflikts ist schwer zu konsumieren.

Zwei Wüsten des Landes und die für die monotheistischen Religionen so wichtige Stadt Jerusalem, die in der biblischen Vision als Stätte der Völkerwallfahrt und der Weisung Gottes politische und ethnische Schranken überwindet, waren Ziel einer gemeinsamen Studienreise der Evangelischen Akademie der Pfalz und Signtuna-Stiftelsen, der größten kirchlichen Stiftung Schwedens.

Ein Fokus lag auf einem neuen, von den Vereinten Nationen geförderten Projekt, dem „Abrahamsweg“. Die Idee ist einfach: Man lege einen Wanderweg an, der sich an den biblischen und koranischen Abrahams-/Ibrahimserzählungen orientiert, verbinde alle Orte miteinander und erhalte so einen den Nahen Osten durchziehenden Pfad von archäologischer, religionsgeschichtlicher, kultureller und politischer Bedeutung. Hinzu kommt der Mehrwert zwischenmenschlicher Begegnungen.

Der Haken: Im Irak herrscht Krieg, Israelis ist es nicht erlaubt, das syrische Teilstück zu begehen, Palästinensern bestimmter Zonen ist es verboten, diese in Richtung Israel zu verlassen.

Angesichts der gespannten politischen Situation war es auch nicht ganz unvorhersehbar, dass der im Oktober 2009 eröffnete israelische Teilabschnitt noch nicht von einer internationalen Gruppe begangen worden war. Doch das sollte künftig vermehrt geschehen. Wie auch die Wegbegehung in der Westbank, in der Türkei, in Syrien oder in Jordanien. Viele Einwohner sind es leid, dass ihr Lebensalltag von Einschränkungen geprägt ist. Sie wünschen sich offene Grenzen, ein Leben ohne Angst und mit Zukunftschancen.

Zum Erreichen dieses Ziels sind internationale Begegnungen sehr willkommen. So wurden erste ökologisch-touristische Konzepte entwickelt, um den Gästen beduinisches Leben nahezubringen. Diese schlafen im Zelt und wundern sich nach üppigem Mahl und den schon eintrainierten Aufbrüchen vor Sonnenaufgang nicht darüber, dass sie kurz nach 4 Uhr morgens vom Muezzin geweckt werden.

Im Gespräch mit den Anwohnern wird wenig ausgespart. Die er-

schwerten Lebensbedingungen als Beduinen ebenso wenig wie der Spagat zwischen Traditionsbewahrung und Universitätsabschluss im Ausland. Mit christlichen Palästinensern stehen nicht nur der israelische Siedlungsbau und die Frage nach dem zahlenmäßigen Aderlass christlicher Kirchen im „Heiligen Land“ auf der Tagesordnung, sondern auch die internen Schwierigkeiten als griechisch-orthodoxe Araber keinen endogenen Patriarchen wählen zu können. Dieser muss Griech sein. Mit jüdischen Israelis wird die Bedrohung durch die von Iran und den Muslimbrüdern geschmiedete Allianz ebenso thematisiert wie die politische Aussagekraft biblischer Archäologie.

Die Jerusalemer Auferstehungskirche ist Symbol für die Segmentierung im Herzen der Christenheit.

Verwunderung ereilt den Besucher ange-sichts einer Segmentierung im Herzen der Christenheit. Die Jerusalemer Auferstehungskirche ist dafür Symbol. Das ökumenische Miteinander im Land gründet auf der Minderheitenerfahrung christlicher Kirchen, die auch die Öku-mene erschwert. Diese Minderheitenposition knüpft das Überleben der eigenen Gemeinschaft an ihre genüne Stellung im Gesamtgesellschaftsgefüge und schürt damit unmittelbar die Angst vor der eigenen Verände- rung. Wird diese Angst durch einen offensiven Geltungsanspruch kom-pensiert, ist der Weg zur konfessio-nellen Konfrontation nur kurz – und dies in einer Zeit, in der nur noch weniger als drei Prozent der Bevöl- kerung christlich sind.

Doch noch einmal zurück in die Natur: „Die Wüste lebt“ – zumindes die Judäische und die Negev Wüste, in denen die Gruppe sich bewegte. Hier fanden sich in der Vergangen- heit Tausende von Einsiedlern wie- der, Klöster wurden gegründet und sind bis heute aktiv. Die Wüste steht auch symbolisch für die persönliche Entwicklung: Ruhe, Offenheit, Armut, Geduld, Gebet, Demut und Gastlichkeit sind nur einige der „Wüstentugenden“, die die Mönche und Einsiedler in sich suchten.

Faszinierend, mächtig, unwirtlich und doch auch lebensspandend: Der Weg durch die Wüste bleibt steinig. Auf Abrahams Spuren kann er je-doch mittlerweile wieder betreten werden.

Georg Wenz

Kirchliche Stellungnahmen zur Friedensfrage bewegen sich im Spannungsfeld von Eindeutigkeit und Einheit: Das Bedürfnis nach Profilierung und Orientierung kontrastiert mit dem Bestreben nach Vergewisserung der kirchlichen Gemeinschaft. Auf EKD-Ebene werden diese beiden Tendenzen deutlich in der Atomwaffenfrage sichtbar. Auf der einen Seite steht die „Ohnmachtsformel“ der Spandauer EKD-Synode 1958: „Die unter uns bestehenden Gegensätze in der Beurteilung der atomaren Waffen sind tief ... Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen und bemühen uns um die Überwindung dieser Gegensätze.“ Auf der anderen Seite findet sich die Erklärung des Moderamens des Reformierten Bundes 1982: Das „Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit der Entwicklung, Bereitstellung und Anwendung von Massenvernichtungsmitteln“.

Zwischen den beiden Polen „Einheit bewahren“ und „Klarheit bezeugen“ gibt es zahlreiche Abstufungen, die auch in der Pfalz mit davon bestimmt sind, wer die friedensethischen Anliegen in die Diskussion einbringt. So fallen Stellungnahmen der Kirchenregierung tendenziell stärker gemeinschaftsbezogen aus als solche von Evangelischer Jugend, Theologiestudierenden oder Friedensgruppen, die Klarheit und profilierte Orientierung einfordern. Besonders wichtige und konstante Impulse gehen aus von Vertretern der Kirchlich-Theologischen Arbeitsgemeinschaft (KTA) und seit Beginn der 1980er Jahre von der Gruppe „Frauen wagen Frieden“.

In der Frühjahrstagung der Landessynode 1952 wird von Karl Groß und Paul Werron der Antrag gestellt: „Die Hohe Synode wird gebeten, ein Wort zur Frage des Friedens zu sagen. Es möge allen Menschen und Mächten ins Gewissen gerufen werden, dass nichts unterlassen werden darf, um dem Frieden zu dienen, auch nicht das Gespräch mit dem Gegner.“ Das beabsichtigte Friedenswort kommt nicht zustande. Stattdessen wird im Synodenplenum vor der „Gefahr der Politisierung unserer Kirche“ gewarnt und ein Gebetsgottesdienst empfohlen, bei dem „keine politischen Erörterungen angestellt werden sollen“.

Während die Landessynode sich in der Frage der deutschen Wiederbewaffnung bedeckt hält, dominieren unmissverständliche Aussagen da, wo pfälzische Regionen durch die Truppenpräsenz der Besatzungsmächte direkt betroffen sind. „Es geht alle an“, lautet 1954 das Motto eines Wortes an die Gemeinden, in dem die Bezirkssynodalen in Kaiserslautern die Entwicklung ihrer Stadt zum „Freudenhaus der Bundesrepublik“ beklagen. Neben den Folgen sich ausweitender Prostitu-



Gottesdienst der Gruppe „Frauen wagen Frieden“ vor einer Militäranlage in den 1980er Jahren.

(Foto: pv)

EINHEIT STATT EINDEUTIGKEIT

Pfälzische Landeskirche und Friedensfrage

„Von der Wiederbewaffnung bis Ramstein – Kirchliche Stellungnahmen und christliche Friedensbewegung zwischen 1945 und 1990“ lautet der Titel des Referats, das Friedhelm Schneider, Leiter der „Arbeitsstelle Frieden und Umwelt“ in Speyer, bei der Tagung der Evangelischen Akademie Pfalz und des Vereins für pfälzische Kirchengeschichte gehalten hat. Wir dokumentieren Auszüge in stark gekürzter Form.

tion werden Fluglärm und Atomwaffen angeprangert. In den Folgejahren sind es mehrere Bezirkssynoden, etwa Lauterecken und Pirmasens, die kompromisslos „die allseitige Achtung und Abschaffung der Massenvernichtungsmittel“ fordern.

Die Landessynode wird sich diesem Anliegen erst 1969 öffnen. Tendenziell überwiegt das Anliegen, in der Friedensfrage die Gemeinschaft nicht aufzugeben und gegensätzliche Gruppen zu gemeinsamen Gesprächen zusammenzubringen, so Kirchenpräsident Kron in seinen Synodalberichten 1983. „Lasst uns miteinander reden“, heißt es fast beschwörend im Wort zur Friedensfrage, das die Landessynode am 27. November 1981 an die Gemeinden richtet.

Zu Beginn der 1980er Jahre kommt es zu vermehrten Kundgebungen kirchlicher Friedensgruppen. In ihren Speyerer Thesen von 1981 nimmt die pfälzische Initiative „Kirche einseitig für den Frieden“ Abschied von der Formel vom „Friedensdienst mit und ohne Waffen“; angesichts der Gefahr der atomaren Selbstzerstörung fordert sie die uneingeschränkte Verurteilung des Wettrüstens. In der Nachrüstungsdebatte sieht sie im Nein zur Atomrüstung eine Bekenntnisfrage.

Für Diskussionen sorgt eine Pfarrerbefragung der Gruppe „Frauen

wagen Frieden“. Am 4. Juli 1983 erscheint als Inserat in der „Rheinpfalz“ ein Appell mit der Überschrift „Die Zeit ist da für ein Nein ohne jedes Ja zu Entwicklung, Bereitstellung, Androhung und Anwendung von Massenvernichtungswaffen!“ Darin bekräftigen 220 pfälzische Pfarrer ihr „deutliches Nein“ zur „Nachrüstung“, denn „Christen dürfen sich nicht an der Vorbereitung einer Verteidigung mit Massenvernichtungswaffen beteiligen, da sicher ist, dass die Verteidigung unwiderruflich zerstört, was sie schützen soll“. Die Kirchenleitung kritisiert die Aktion, weil sie die Minderheit der Nicht-Unterzeichner dem Verdacht aussetze, die Gefahr einer atomaren Vernichtung zu verharmlosen.

In der Folgezeit kommt es zu einer Annäherung zwischen Synode und kirchlicher Friedensbewegung. Nachdem die Landessynode im Mai 1984 ein Votum pfälzischer Friedensgruppen zur Rüstungsexportproblematik nur kommentarlos „zur Kenntnis genommen“ hat, beschließt sie im November 1984: „Die Synode nimmt die Erklärung der Arbeitsgruppe „Frauen wagen Frieden“ zustimmend zur Kenntnis und fordert die Arbeitsgruppe auf, ihre Friedensarbeit auf diesem Wege fortzusetzen.“ In der Erklärung heißt es, dass Abrüstung „ein Gebot unse-

res Glaubens“ ist. Das Eis ist gebrochen, und in den folgenden Jahren macht sich die Landessynode in Fragen der atomaren Rüstung, der Giftgaslagerung und der Flugtage in Ramstein Positionen der Friedensbewegung zu eigen.

Zusammenfassend lassen sich in den synodalen Stellungnahmen zwischen 1945 und 1989 zwei Entwicklungslinien feststellen: Zum einen ist eine Akzentverschiebung von der Einheit zur Eindeutigkeit zu beobachten. Über den Horizont der zu wählenden kirchlichen Gemeinsamkeit hinaus kommt die Klarheit des christlichen Friedenszeugnisses stärker in den Blick. Wo Kirche menschennah sein will, muss sie sich den Problemen zuwenden, die die Lebenswirklichkeit ihrer Mitglieder bestimmen, und so ist es rückblickend nur konsequent, dass die pfälzische Landeskirche den zahlreichen Fragen Raum gibt, die das „Waffenlager Pfalz“ und die damit verbundenen Truppenstationierungen aufwerfen.

Als zweite große Entwicklung zeichnet sich seit Anfang der 1980er Jahre eine beginnende Konvergenz zwischen Kirche und Friedensbewegung ab. Personale Verknüpfungen entstehen. Mitglieder christlicher Friedensgruppen sind bereit, in den Strukturen der verfassten Kirche mitzuuarbeiten und werden in synodale Gremien gewählt. Dort wächst das Verständnis für Anliegen der Friedensbewegung, und es kommt zu einer zunehmenden Profilierung kirchlicher Friedensäußerungen.

Ab 1984 kommt es zu einer Annäherung zwischen Landessynode und kirchlicher Friedensbewegung.

Ökumenischer Rat der Kirchen (ÖRK)



Wenn wir heute nach dem Beitrag der Kirchen und der Christen für eine friedliche Welt fragen, dann können wir es nicht tun, ohne den Blick auf die Rolle der Religionen in der heutigen Weltsituation zu richten. Im Norden Nigerias oder in Malaysia werden Christen ermordet. Christlicher Fundamentalismus war eine treibende Kraft hinter den Kriegen des amerikanischen Präsidenten George W. Bush. Die Wahrnehmung von Religionen hat sich im öffentlichen Bewusstsein in den letzten Jahren verändert, dezidiert seit dem 11. September 2001. Unabhängig vom eigenen Selbstverständnis werden sie gemessen am Verhalten und Handeln ihrer Bekänner.

Wie weit Religionen als friedfertig oder gewalttätig wahrgenommen werden, hängt ab von ihrer Nähe zu oder ihrer Ferne von politischer und/oder staatlicher Macht. Je enger eine Religion im Verhalten und Handeln ihrer Anhänger mit politischer Macht verbunden wird, desto stärker ist die Gefahr, dass sie zur Gewalt neigt und dementsprechend als gewalttätig wahrgenommen wird.

Meine feste Überzeugung ist es, dass alle Religionen einen von Gott gegebenen universalen Friedensauftrag erfüllen müssen.

Aufgabe der Repräsentanten der Religionen ist es, diesen Friedensauftrag in aller Deutlichkeit zu artikulieren, ihn in ihrem Handeln sichtbar zu machen und dafür zu sorgen, dass die Gläubigen in diesem Sinne Orientierung erhalten.

Die Diskussion in den deutschen Kirchen über den Friedensauftrag hat sich in den letzten Jahren verändert. Wurde früher die Frage nach dem gerechten Krieg gestellt, so wird heute nach dem gerechten Frieden gefragt. Die Stellungnahme der katholischen Deutschen Bischofskonferenz in ihrem Hirtenwort aus dem Jahr 2000 trug den Titel „Gerechter Friede“. Die EKD-Denkenschrift aus dem Jahr 2007 trägt den Titel „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“. In Denkschriften, so sagte der frühere Ratsvorsitzende Bischof Wolfgang Huber, soll nach Möglichkeit ein auf christlicher Verantwortung beruhender, sorgfältig geprüfter und stellvertretend für die ganze Gesellschaft formulierter Konsens zum Ausdruck kommen. Gerade als ehemals kirchenleitende Bischofsschöfin frage ich mich aber, ob es tat-

Die Religionen haben einen von Gott gegebenen universalen Friedensauftrag.

VOM GERECHTEN KRIEG ZUM GERECHTEN FRIEDEN

Bärbel Wartenberg-Potter über den Friedensauftrag der Kirchen

Bärbel Wartenberg-Potter, ehemalige Bischöfin der Nordelbischen Kirche in Lübeck, hielt den Abschlussvortrag der Tagung „Krieg und Frieden in der Pfalz seit dem Ersten Weltkrieg“. Ihr Thema lautete: „Auf dem Weg zu gerechtem Frieden. Die Dekade zur Überwindung der Gewalt und der Friedensauftrag der Kirchen.“ Dabei spannte sie einen weiten Bogen: Ausgangspunkt war der Rückblick auf die bewegte Geschichte der Pfalz als Grenzland zum

früheren Feind Frankreich. Als Gegenpol zu dieser vom Nationalismus geprägten Geschichte erinnert sie an Dietrich Bonhoeffers Forderung nach einem Friedenskonzil und die seitherigen friedensethischen Äußerungen aus der Ökumene. Am Ende steht die Frage, welchen Beitrag die Kirchen zu einer Kultur des Friedens leisten können. Im Folgenden bringen wir eine von der Redaktion stark gekürzte Fassung ihres Vortrags.

chen in der Welt glaubwürdiger wahrzunehmen. Dies kann nicht ohne grundlegende theologische Reflexionen geschehen, die Wesen, Auftrag und Mission der Kirche betreffen.

Die Idee zu einem Ökumenischen Friedenskonzil ist nicht neu. Dietrich Bonhoeffer ruft die Kirchen der Ökumene bereits 1934 dazu auf. In seiner berühmten Rede auf der ökumenischen Konferenz der Bewegung für Praktisches Christentum und des Weltbundes für die Freundschaftsarbeit der Kirchen in Fanø (Dänemark) greift er den Ruf „Friede auf Erden“ aus der Weihnachtsbotschaft des Lukas-Evangeliums auf. Dieser Ruf ist für Bonhoeffer keine of-

fene zu diskutierende Frage, sondern ein mit Christus selbst gegebenes „bindendes Gebot“. Ökumene frage nicht nach „politischen Notwendigkeiten und Möglichkeiten“, sondern „nach den Geboten Gottes“, die sie „ohne Rücksicht“ in die Welt hineinrufe. Das sei ihre theologische Aufgabe. Zwei entscheidende Argumentationen führt Bonhoeffer an. Erstens die christologische Voraussetzung: „Friede soll sein, weil Christus in der Welt ist.“ Weil die Kirche die Kirche Jesu Christi ist, ist sie an sein Gebot gebunden. Die Weltkonferenz für Praktisches Christentum in Stockholm 1925 hatte bereits in einer Resolution festgestellt: „Krieg, als Mittel zur Lö-

sung internationaler Streitigkeiten durch physische, mit Heimtücke und Lüge sich verbindende Gewalt, ist unvereinbar mit der Gesinnung und dem Verhalten Christi und darum auch mit der Gesinnung und dem Verhalten der Kirche Christi.“ Und zweitens das ekcliosiologische Argument: Diese ökumenische Kirche Christi transzendiere nicht nur alle Grenzen „völkischer, politischer, sozialer, rassistischer Art“, sondern binde die Glieder der Kirche auch in einer Weise aneinander, die alle anderen Bindungen, etwa der Geschichte, des Blutes, der Klassen und der Sprachen, nicht aufhebe, aber doch relativiere.

Die Weltkirchenkonferenz in Oxford 1937 formulierte dieses Argument so: „Diese Tatsache des ökumenischen Charakters der Kirche hat die bedeutsame Folge, dass die Kirche für die Aufgabe, eine bessere internationale Ordnung herzustellen, eine Einheit mitbringt, wie sie sich aus den üblichen politischen Quellen nicht gewinnen lässt. Denen, die um die Verwirklichung einer Bruderschaft aller Menschen in der Welt ringen, in der zerstörender Nationalismus und angreifender Imperialismus alle Bruderschaft als etwas Unwirkliches erscheinen lassen, bietet die Kirche nicht ein Ideal sondern eine Tatsache dar, nämlich die

einer nicht in ihrem eigenen Verlangen, sondern in der Liebe Gottes geeinten Menschheit.“

Bonhoeffer hatte bereits durch seine ökumenischen Begegnungen in Rom, aber dann vor allem in den USA, erkannt, „dass die Kirche Jesu Christi wegen ihrer tiefen Bindung an den einen, gemeinsamen Versöhnung niemals Nationalkirche sein kann, sondern der ökumenischen Verbundenheit aller Teilkirchen in der einen Weltchristenheit immer den Vorzug geben muss“. Und deshalb können diese Glieder der Kirche nicht Krieg gegeneinander führen, „weil sie wissen, dass sie damit die Waffen auf Christus selbst richteten“.

In der ökumenischen Diskussion haben sich inzwischen die Kontexte verschoben, und neue theologische Erkenntnisse sind entstanden. Hier einige dieser Wegmarken: Die erste Vollversammlung des ÖRK in Amsterdam 1948 stellte sich die Frage, ob Krieg heute noch ein Akt der Gerechtigkeit sein könne. Die Genfer Konferenz von 1966 zu „Kirche und Gesellschaft“, die im Lichte leidvoller Erfahrungen von Unterdrückung in den „Jungen Kirchen“ Asiens, Lateinamerikas und Afrikas, aber auch der „Schwarzen Kirchen“ in den USA, und im

Lichte der Herausforderung, vor denen die Kirchen in sozialistischen Gesellschaften standen, diskutierte ausführlich das Problem der revolutionären Gewalt. Hieraus ging das „Programm zur Bekämpfung des Rassismus“ hervor, das die Solidarität mit den Befreiungskämpfern und ihren humanitären Projekten zum Ausdruck brachte, ohne die Gewalt gutzuheißen. Seither kann Frieden nicht ohne sein Verhältnis zu Gerechtigkeit erörtert werden. In den 1980er Jahren wurde der „Konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung“ ins Leben gerufen, der in die Weltkonvokation von Seoul 1990 mündete und gemeinsame „Affirmationen“ feststellte.

Seither kann Frieden nicht mehr ohne den weiteren Kontext der Schöpfungsverantwortung erörtert werden. Schließlich entschloss sich der ÖRK 1988, die Dekade „Kirchen in Solidarität mit den Frauen“ auszurufen. Seither kann eine relevante Friedensethik nicht unter Absehung der Gender-Thematik entwickelt werden. Ohne diese Stationen der ökumenischen Bewegung hätte es nicht zu einer gemeinsamen

„Dekade zur Überwindung von Gewalt“ der Kirchen am Beginn des 21. Jahrhunderts kommen können.

Die Delegierten aus der DDR hatten bei der 6. Vollversammlung in Vancouver einen Beschlussantrag eingebracht und den ÖRK aufgefordert zu prüfen, ob die Zeit reif sei für ein allgemeines, christliches Friedenskonzil, wie es Dietrich Bonhoeffer angesichts des drohenden Zweiten Weltkrieges vor 50 Jahren für geboten hielt. Der Physiker und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker (1912 bis 2007) forderte angesichts der Bedrohung des Friedens die Kirchen einfach und klar auf: „Wir bitten die Kirchen der Welt, ein Konzil des Friedens zu berufen. Der Friede ist heute die Bedingung des Überlebens der Menschheit. Er ist nicht gesichert.“

Man kann nun fragen, ob die Friedenskonvokation 2011 zu einem Konzil im Sinne Bonhoeffers und von Weizsäckers wird. Es gilt jedoch, den veränderten Kontext und die Verschiebung der Fragestellung wahrzunehmen. So dann ist dem gegenwärtigen Selbstverständnis der Ökumene Rechnung zu tragen, und schließlich müssen die theologischen Argumente auf ihre Plausibilität hin überprüft werden. Gerade

zu Letztterem ist zu bemerken, dass das christologische Argument, wie Bonhoeffer es 1934 vortrug, heute ein trinitarisches Gottesverständnis zu erweitern ist. Das bedeutet einen Paradigmenwechsel vom christozentrischen Universalismus hin zur Sozialität Gottes, die den einen Haushalt des Lebens begründet.

In der Konsequenz dieses Paradigmenwechsels müssten die Kirchen darauf hinarbeiten, dass sich die Religionen gemeinsam gegen die Gewalt aussprechen und den Schutz des Lebens aus religiösen Motiven bekräftigen. Sie müssen gewaltfreie Wege zur Lösung von Konflikten erarbeiten und durchsetzen helfen, als Mediatoren zur Verfügung stehen und jede Vernichtung von Leben als gottlose Handlung brandmarken. Dazu müssen sie auch die Gewalt in der Sprache in den Blick nehmen, denn viel tatsächliche Gewalt beginnt mit der Gewalt in der Sprache.

Die Sprache des Glaubens ermöglicht es uns auch, unsere Friedenssehnsucht in Worte zu fassen und vor Gott zu bringen. Wir gestehen ein: Bis hierher sind wir gekommen. Weiter kommen wir nur mit Gottes Hilfe.

„Wir bitten die Kirchen der Welt, ein Konzil des Friedens zu berufen.“
(Carl Friedrich von Weizsäcker)



Teilnehmer des Projekts: Vorne rechts Ex-Akademiedirektor Volker Hörner, daneben Professor Ullrich Sarcinelli.

Im Abschnitt „Über die Versicherungspflicht und den Versicherungs umfang“ wird über die gesetzliche Versicherung ausgeführt: „Die gesetzliche Krankenversicherung sichert die Basisversorgung ab. Diese umfasst die medizinisch notwendigen Leistungen und beinhaltet gesundheitserhaltende und wiederherstellende Maßnahmen sowie Präventionsmaßnahmen ... Über die Basisversorgung hinausgehende Leistungen müssen individuell finanziert werden.“ Die Beitragsfinanzierung soll so gestaltet sein, dass alle Einkommensarten bei der Beitragsbemessung berücksichtigt werden sollen, es eine Beitragsbemessengrenze geben soll und Beiträge aus Arbeitseinkommen zu gleichen Teilen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern geleistet werden sollen.

Im Gegensatz zur Praxis der heutigen gesetzlichen Krankenversicherung soll das Abrechnungsprinzip durch Transparenz gekennzeichnet sein: „Wir fordern die Offenlegung der erbrachten Leistungen gegenüber dem Patienten sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich. Der Patient quittiert unmittelbar nach der Behandlung die detaillierte Rechnung, die in allgemein verständlicher Sprache verfasst ist. Er erhält eine Kopie. Das Original geht zur Bezahlung an die Krankenkasse.“

Großen Wert legt das Bürgerprogramm auf Prävention und betrachtet Präventionsprogramme als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Gesundheitliche Aufklärung und gesundheitsbewusste Lebensführung beginne deshalb im Elternhaus und sei als obligatorische Aufgabe in Kindertagesstätten und Schulen fortzuführen. Die Krankenkassen sollten ihre Angebote an kostenlosen Vorsorgeuntersuchungen erweitern und mit entsprechenden Bonusangeboten einen Anreiz zur Wahrnehmung dieser Angebote schaffen. Auch bei der Abrechnung von Präventionsmaßnahmen wird Transparenz gefordert: „Miteinander vergleichbare Präventionskataloge der Kassen ermöglichen einen positiven Wettbewerb.“

In einem Abschnitt über den Platz der Pflegeversicherung innerhalb der Gesundheitsversorgung wird die Integration der Pflegeversicherung in die Krankenversicherung vorgeschlagen mit dem Ziel, „eindeutige Zuständigkeit für die Pflegebedürftigen zu erreichen“.

Aus politikwissenschaftlicher Sicht sei es nicht primär um ein gesundheitspolitisches Programm der Bürger gegangen, sondern der Prozess der Entscheidungsfindung sei von größerem Interesse gewesen, bewertete Ullrich Sarcinelli das Projekt bei einer Abschlussveranstaltung. Der Landauer FDP-Bundestagsabgeordnete Volker Wissing plädierte für ein Mehr an plebisziären Elementen in der Politik. *Martin Schuck*

BÜRGER MACHEN POLITIK

Akademie macht bei Projekt zur Bürgerbeteiligung mit

Zwischen Januar 2007 und Mai 2009 wurde von der Evangelischen Akademie der Pfalz in Kooperation mit der Universität Koblenz-Landau und der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt ein Forschungsprojekt zur Bürgerbeteiligung bei politischen Entscheidungsprozessen mit dem Titel „Perspektiven sozialer Sicherungssysteme“ durchgeführt. Ein Kreis von Wissenschaftlern begleitete das Projekt. Wichtiges Thema war damals die Reform im Gesundheitswesen. Deshalb wurde ein gesundheitspolitisches Bürgerprogramm erarbeitet.

Die Leitfrage des Projekts, das von Sachsen-Anhalts ehemaligem Ministerpräsidenten Reinhard Höppner angeregt und durch die Volkswagen-Stiftung in Hannover gefördert wurde, lautet: „Welche Wege der Kommunikation und Partizipation eignen sich, bei politischen Reformvorhaben von großer Reichweite politische Lernprozesse in Gang zu setzen und politische Akzeptanz zu fördern?“ Von 2200 nach dem Zufall ausgewählten Personen aus dem Umkreis der beiden Evangelischen Akademien erklärten sich 350 zur Mitarbeit bereit. Diese wurden in vier Gruppen eingeteilt, um sich auf jeweils unterschiedliche Weise mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Die erste Gruppe, „Konferenzgruppe“ genannt, bestand aus 54 Personen, die sich an drei Wochenendterminen mithilfe von ausgewiesenen gesundheitspolitischen Experten mit dem Themenkomplex vertraut machten, um dann ein Bürgerprogramm zu schreiben, das mit der Darstellung der Gesundheitspolitik in bestehenden Parteiprogrammen vergleichbar sein sollte. Diese Programme bildeten auch die Grundlage für die Ausarbeitung eines Fragenkataloges, der von den wissenschaftlichen Mitarbeitern der Universität Landau zusammengestellt wurde. In Arbeitsgruppen wurden dann alle Fragen diskutiert, und es wurden eigene Voten formuliert. Diese wurden

dann im Plenum aller Teilnehmer vorgestellt und abgestimmt und von einer Redaktionsgruppe in das Bürgerprogramm aufgenommen.

Die aus 38 Personen bestehende „Akademiegruppe“ näherte sich der Thematik im Stil einer herkömmlichen Akademietagung, also durch das Hören und Diskutieren von Vorträgen geladener Experten und Fachpolitiker. Die 73 Personen umfassende dritte Gruppe sollte sich über die Kommunikationsmöglichkeiten des Internets das Thema erschließen. Ihnen wurde ein täglich aktualisiertes gesundheitspolitisches Nachrichtenangebot und ein geschütztes Forum zum Chatten zur Verfügung gestellt.

Die größte Gruppe bestand aus 144 Personen, die an einer Umfrage teilnahmen. Sie wurden insgesamt fünfmal mittels Fragebögen interviewt.

Obwohl alle Teilnehmer der vier Gruppen sich intensiv mit dem Thema Gesundheitspolitik beschäftigten und dadurch ihren eigenen Wissensstand in diesem Politikfeld erhöhen konnten, waren es die Mitglieder der „Konferenzgruppe“, die mit ihrem gesundheitspolitischen Bürgerprogramm die entscheidenden Ergebnisse lieferten. Daneben konnte in dieser

Gruppe auch „das generelle Vertrauen in das politische System und seine Institutionen deutlich gestärkt werden“, so die Einschätzung im unter der Leitung des Landauer Politikwissenschaftlers Ullrich Sarcinelli erstellten Schlussbericht. Der frühere pfälzische Akademiedirektor Völker Hörner und sein Kollege Stephan Dorgerloh von der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt kommen in ihrem Vorwort zum gesundheitspolitischen Bürgerprogramm deshalb auch zu der optimistischen Einschätzung, man könne Bürger auch an komplexen politischen Themen beteiligen, wenn man dieses nur wolle, und Bürger beteiligten sich wieder mehr an Politik, wenn sie die politischen Themen verstünden.

Das Programm stellt die Solidargemeinschaft aller Bürger in den Mittelpunkt.

Inhaltlich zeichnet sich das Bürgerprogramm dadurch aus, dass es sehr deutlich die Solidargemeinschaft aller Bürger in den Mittelpunkt stellt und deshalb alle in einer gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert sehen möchten. Dieser Systemwechsel erfordere Übergangsregelungen. Im Grundsatz solle gelten: „Eine einheitliche Vergütung der Leistungserbringer soll gleiche Honorare für gleiche Leistungen sicherstellen.“

UNGLÜCKE WAREN AUSLÖSER

Akademie engagiert sich für islamische Notfallseelsorge

Georg Wenz, Studienleiter an der Evangelischen Akademie der Pfalz und Islambeauftragter der pfälzischen Landeskirche, hat eine Tagung zur Zukunft der islamischen Notfall- und Krankenhausseelsorge veranstaltet. Aufgrund unterschiedlicher historischer Voraussetzungen und einer anderen Organisationsstruktur der religiösen Institutionen gilt es Bedingungen zu beachten, die mit der kirchlichen Seelsorge nur bedingt vergleichbar sind. Martin Schuck sprach mit Georg Wenz über die Herausforderungen einer Seelsorge an Muslimen.

Gab es einen konkreten Anlass, sich als Evangelische Akademie mit dem Thema Islamische Notfall- und Krankenhausseelsorge zu beschäftigen?

Auf islamischer Seite kann man insgesamt so etwas wie eine Aufbruchsstimmung feststellen. Die Zeit, als sich die größeren Verbände gegenseitig neutralisiert haben, scheint sich langsam dem Ende zuzuneigen. Sicher spielt dabei auch eine Rolle, dass sich eine neue Generation mit anderen Bedürfnissen, aber auch mit anderen Einsichten in unserer Gesellschaft engagiert. Sie ist in Deutschland aufgewachsen und sorgt sich verstärkt um die künftigen Belange von Muslimen.



Georg Wenz.

Dazu gehört auch die Notfall- und Krankenhausseelsorge. Bei uns in der Region gab es Ende 2007 und Anfang 2008 zwei schwere Unglücke mit muslimischen Toten. Das eine war ein Zugunglück in Germersheim, bei dem drei Jungen starben, und das andere war der Hausbrand in Ludwigshafen mit neun Todesopfern. Bei den Notfallsystemen fehlen für solche Situationen islamische Ansprechpartner. Ich war in Ludwigshafen in der ersten Woche nach dem Brandunglück sehr viel vor Ort. Die Betreuung der

Hinterbliebenen hatten zwei Moscheegemeinden übernommen. Im Anschluss stellte sich die Frage, ob es muslimische Seelsorger gibt, die fest in Notfallsysteme einbezogen werden können. Und die Antwort lautete: Nein. Als Evangelische Akademie waren wir bereits vorher in ein Programm der Bundeszentrale für

politische Bildung einbezogen, das Imame mit Pfarrern zusammenbringen sollte. Der zweite Schwerpunkt lag auf der politischen Weiterbildung der Imame. Bei diesen Kursen wurde deutlich, dass eine professionelle islamische Seelsorge und eine Ausbildung dazu fehlen. Da die Deutsche Islamkonferenz des Bundesministeriums des Innern etwa zur gleichen Zeit signalisierte, diesen Bereich zu fördern, lag es nahe, sich als Akademie mit den vorhandenen Vorfahrungen dem Thema zu widmen.

Was sind die besonderen Herausforderungen, die sich für eine Seelsorge an Menschen mit muslimischem Glauben stellen?

Auf islamischer Seite ist das Konzept der Bedürfniszentrierung, bei der eine Person, der ich mich widme, ganz im Zentrum steht, noch

weitgehend unbekannt. Dies hat mit der Geschichte der Türkei zu tun, aus der die meisten Muslime in Deutschland stammen. Die historischen Einrichtungen, die sich um Kranke gesorgt hatten, entsprangen häufig sogenannten religiösen Bruderschaften. Die Krankenbetreuung entsprang einer religiösen Fürsorgeüberzeugung und gestaltete sich nach rituellen Vorgaben in der Form spiritueller Angebote.

Heute zeigt sich, dass eine theologische Begründung von Seelsorge aussteht, die man an verschiedenen Universitäten angehen will. Eine andere Herausforderung ist die über Jahrhunderte verankerte familienzentrierte Betreuung. In der Seelsorge können Außenstehende aber oft anders agieren als Familienmitglieder. Ein dritter Punkt sind die Patienten. Den Begriff Seelsorger gibt es nicht, also müssen islamische Seelsorger erst einmal erklären, wer sie sind und was sie wollen, sobald sie ein Patientenzimmer betreten. Manchmal schlägt ihnen dabei Angst entgegen, da ein Imambesuch häufig mit Sterben in Verbindung gebracht wird. Ein weiterer Aspekt ist die Sprache. Zwar haben die meisten Muslime in Deutschland einen türkischen Hintergrund, aber es gibt auch viele aus anderen Herkunftsländern. Auch wenn viele mittlerweile

deutsch sprechen, so geht den meisten in Krisensituationen doch die Sprache am besten über die Lippen, in der man sich zuhause fühlt.

Welche Hilfestellung können die Kirchen und speziell die Evangelischen Akademien beim Aufbau einer muslimischen Notfall- und Krankenhausseelsorge geben?

In Frankfurt wird das Seelsorgezentrum der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau eine Seelsorgeausbildung unter Einbeziehung von Muslimen durchführen. Das Konzept basiert auf den bewährten kirchlichen Ausbildungselementen. Die theologischen Einheiten werden von muslimischen Einrichtungen ergänzt. Die Aufgabe von Akademien kann eine ganz klassisch moderierende sein. Sie können die künftigen Akteure zusammenbringen und sehr gezielt Entwicklungen in den Blick nehmen. Sich in Feldern zu bewegen, die gerade im Entstehen begriffen sind, darin haben die Akademien große Erfahrung.

Gibt es muslimische Ansprechpartner, mit denen eventuell Kooperationen möglich sind? Wer trägt die Finanzierung?

Das Mannheimer Institut für Integration und interreligiösen Dialog ist eine islamisch unabhängige, von der Stadt Mannheim unterstützte Einrichtung, die gerade ein Zertifizierungsverfahren für die Seelsorgekurse durchläuft. Danach wird es die erste Einrichtung in Deutschland sein, die ein den Kirchen vergleichbares Zertifikat ausstellen kann. Die Finanzierung der Kurse wird allerdings nur in einer Mischform mehrerer Beteiligter möglich sein. Denkbar ist die Beteiligung von Krankenhausgesellschaften oder von Kommunen.

Freunde suchen Freunde

Einladung zur Mitgliedschaft. Wir unterstützen und begleiten die Arbeit der Akademie. Wir setzen uns mit Fragen der Zeit auseinander, am liebsten gemeinsam mit anderen. Mit unseren Aktivitäten wollen wir unserer Region neue Impulse geben und einen Dialog aktueller Themen ermöglichen. Wir engagieren uns nicht nur persönlich und finanziell, sondern auch ganz bewusst durch eigene Veranstaltungen wie Vorträge, Tagungen und Publikationen. Unser Jahresbeitrag beträgt 30 Euro. Auch über zusätzliche Spenden freuen wir uns und stellen Ihnen auf Wunsch eine steuerlich anerkannte Spendenbescheinigung aus.

Ihre Vorteile als Mitglied: > Sie werden zu den Veranstaltungen der Akademie und des Freundeskreises eingeladen. > Sie werden bei Veranstaltungen mit begrenzter Teilnehmerzahl bevorzugt. > Sie erhalten kostenlos die Akademiezeitung Protekte, die Speyrer Texte, die Speyrer Protokolle und die Speyrer Briefe.



Andreas Herting, Vorsitzender

*So werden Sie Mitglied:
Rufen Sie uns einfach an,
wir schicken Ihnen die Beitragsklärung mit allen weiteren Informationen,
Telefon 06232/6020-0, oder
schicken Sie uns eine e-mail:
info@eapfalz.de.*

*Oder schreiben Sie uns kurz:
Evangelische
Akademie der Pfalz,
Domplatz 5, 67346 Speyer*

GESELLSCHAFT DER FREUNDE
DER EVANGELISCHEN AKADEMIE
DER PFALZ E.V.

REFORM UND HARTZ IV

Es gehört zu den anerkannten Merkmalen einer guten Sozialkultur, dass alle Bürger am gesellschaftlichen Leben teilhaben können und dass in ihr eine menschenwürdige Existenzgrundlage auch für die weniger Leistungsfähigen existiert. Wie aber Armut wirksam bekämpft wird, wie die Massenarbeitslosigkeit gesenkt werden kann und wie das alles finanziert werden soll – darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Die aktuellen Diskussionen um Existenzminimum und Lohnabstandsgebot sind hierfür nur Symptome.

Im Jahr 2003 wurden von der damaligen rot-grünen Bundesregierung die Grundlagen geschaffen für die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sowie die Neuordnung der Arbeitsvermittlung. Mit dem Sozialgesetzbuch II begann 2005 die Umsetzung. Unter dem Stichwort „Agenda 2010“ verband sich damit die Hoffnung, die hohe Arbeitslosigkeit drastisch zu reduzieren und die Sozialsysteme dauerhaft zu stabilisieren.

Wie steht es im Jahr 2010 um das damals beschlossene Reformpaket? Im europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung liegt es nahe, Bilanz zu ziehen und nach Zukunftsperspektiven zu fragen. Die Evangelische Akademie der Pfalz und die Evangelische Akademie Baden tun das mit einem exemplarischen Blick auf den städtischen Ballungsraum Rhein-Neckar.

Wie wirken sich die Hartz-IV-Gesetze in der Metropolregion aus? Welche Menschen sind von Hartz IV betroffen? Wie steht es um die Armutbekämpfung? Haben sich die neuen Strukturen der Arbeitsverwaltung bewährt? Wie kann es gelingen, Menschen zu aktivieren und zu einer selbstverantwortlichen Lebensgestaltung zu ermutigen? Erhalten die Schwächeren wirksame Hilfe, ohne dass ihre Würde beschädigt wird? Neben einer sorgfältigen Situations-

analyse fragen wir nach christlich verantwortbaren Sozialstandards, nach Beispielen gelingender Praxis und nach konkreten Handlungsperspektiven.

Dazu laden wir die Akteure zum Gespräch: Vertreter aus Verwaltung, Politik, Recht, Wirtschaft, Kirche und Nichtregierungsorganisationen genauso wie Mitarbeiter aus öffentlichen, kirchlichen und freien Einrichtungen sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger. Zu Gast ist unter anderem Heinrich Alt, Vorstand der Bundesagentur für Arbeit. Wir suchen nach tragfähigen Strategien, um die Metropolregion als lebenswerten Sozialraum für alle zu gestalten. Unser Tagungshaus in Landau an der Südlichen Weinstraße bietet – mit einem Abstand vom Alltagsgeschäft – den nötigen Freiraum, um Ideen zu entwickeln.

- Wie reformbedürftig ist Hartz IV? – Soziale, arbeitsmarktpolitische und ethische Herausforderungen in der Region
- Termin: 29./30. Oktober 2010
- Ort: Protestantisches Bildungszentrum Butenschoen-Haus Landau
- Kosten: 85 Euro (ermäßigt 50 Euro)

WAS WOLLEN SIE WISSEN?

So kommen Sie an mehr Informationen: Rufen Sie uns an unter 0 62 32/60 20-0 oder füllen Sie diesen Coupon aus. Sie können ihn uns faxen unter 0 62 32/60 20-22 oder mit der Post schicken: Evangelische Akademie der Pfalz, Domplatz 5, 67346 Speyer. Wer schnell an ganz aktuelle Informationen kommen will, besucht uns im Internet unter www.eapfaz.de

| | |
|-------------|-----------------|
| Vorname | Name |
| e-mail | Beruf |
| Straße/Nr. | |
| PLZ/Ort | |
| Tel. privat | Tel. dienstlich |

AKADEMIEPROGRAMM

Stand Juni 2010

2. bis 4. Juli 2010, Deutsches Krebsforschungszentrum Heidelberg Zehnjähriges Jubiläum Heidelberger Life-Science-Lab

Seit Jahren ist die Junge Akademie ein bundesweit anerkanntes Modellprojekt und Aushängeschild der Evangelischen Akademie der Pfalz. Bewährter Kooperationspartner ist das Heidelberger Life-Science-Lab am Deutschen Krebsforschungszentrum, das in diesem Jahr sein zehnjähriges Bestehen feiert. Aus Anlass dieses Jubiläums stellt sich das Projekt, das die Förderung begabter Schüler zur Aufgabe hat, mit seinem Förderkonzept sowie dem aktuellen Jubiläumsprogramm vor.

6. bis 10. September 2010, Buchhandlung Gondrom, Kaiserslautern Verantwortlich Führen.

Consulting Akademie Unternehmensethik 2010

Die Tagung mit Workshops und Beiträgen von Wissenschaftlern, Unternehmern und Beratern richtet sich an Studierende aller Fachrichtungen. Eine Bewerbung ist erforderlich. Öffentlich ist die Podiumsdiskussion zum Thema am Mittwoch, 8. September, 18 Uhr, mit dem Vorsteher der Diakonissen Speyer-Mannheim, Dr. Werner Schwartz, dem Unternehmensberater Heinz-Josef Nötges und Führungspersönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik.

7. September 2010, 19 Uhr, Historischer Ratssaal, Speyer

10. Speyerer Herbstforum.

Alle auf Linie – wie viel Widerspruch brauchen wir?

Einerseits erwarten Arbeitgeber, Vorgesetzte, Behörden und Kirchen Loyalität. Andererseits kann Widerspruch notwendig sein, um im eigenen Verantwortungsbereich Missstände zu benennen und Veränderungen zu bewirken. Thema des Forums ist daher die Frage, wie viel Widerspruch notwendig ist. In Zusammenarbeit mit SWR 2 Forum und der Katholischen Akademie Rhein-Neckar.

1. bis 3. Oktober 2010, Protestantisches Bildungszentrum Butenschoen-Haus, Landau

Medizin von Morgen – Präventiv, prädiktiv und personalisiert?

Wie wird die Medizin der Zukunft aussehen? Was impliziert das Konzept „Individuelle Medizin“? Welche Erwartungen und Befürchtungen verknüpfen sich hiermit? Welche wissenschaftlichen Disziplinen und Technologiefelder sind beteiligt? Diese und andere Fragen sollen im Rahmen der Tagung mit den Teilnehmern und Referenten erörtert werden. Für Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahre.

9. bis 16. Oktober 2010, Foresteria Valdese Rom

Herbstakademie in Rom. Ist alles relativ?

Es gehört zu den Kennzeichen der Moderne, dass konkurrierende Weltanschauungen, Deutungsmuster und Lebensstile nebeneinander existieren. Ist also alles relativ? Für eine philosophisch-religiöse Spurensuche bietet Rom das ideale Ambiente. In Blickweite des Vatikan, der den „Relativismus“ als Fehlentwicklung ablehnt. Zu Gast bei der evangelischen Minderheitskirche der Waldenser, die jahrhundertelange Erfahrung mit dem Absolutheitsanspruch der katholischen Mehrheitskultur hat. Und umgeben von den historischen Zeugnissen der Spätantike, die kaum weniger pluralistisch war als die Gegenwart.

23. Oktober 2010, Deutsches Krebsforschungszentrum, Heidelberg

Lebst du noch oder philosophierst du schon? – Eine Einführung in die Philosophie

Im Rahmen der Tagung werden die Überlegungen von Menschen, die intensiv über grundlegende Fragen des Lebens nachgedacht haben, beleuchtet. Ziel ist vor allem, die Teilnehmer zu eigenem Denken anzuregen und ihnen den Spaß an der Wissenschaft der Philosophie näherzubringen. Für Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahre.

e-mail: info@eapfaz.de > www.eapfaz.de